

Viel Wind um Wind

Reizthema. Windenergie ist Teil der österreichischen Klimastrategie. Die neuen Windräder sind leistungsfähiger, aber auch höher. Dagegen formiert sich massiver Widerstand



Angst vor der Höhe: Im niederösterreichischen Waldviertel sorgt sich die IG Waldviertel, dass die neue Generation der Windräder ähnlich hoch ist wie der Wiener Donauturm – nämlich 244 Meter

VON ANITA KIEFER, TERESA STURM UND UWE MAUCH

Alle reden von erneuerbarer Energie, aber ein Windrad vor der eigenen Haustüre – das wollen die wenigsten. Aktuelles Beispiel: das Waldviertel. Dort mehren sich jetzt wieder Proteste gegen geplante Windparks. Und das, obwohl sich Österreich für die kommenden Jahrzehnte ehrgeizige Klimaziele gesetzt hat. Bis 2030 sollen 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden. Bis 2040 soll dann der gesamte Energiebedarf klimaneutral sein. Die Windkraft ist bei diesen Zielen wesentlicher Player: Sie deckt aktuell elf Prozent des Strombedarfs in Österreich.

Im Waldviertel melden sich jetzt Bürgerinitiativen zu Wort, die gegen Windkraftanlagen protestieren. Gesundheitsschädigungen, Vogel- und Fledermaussterben, Verschandelungen des Ortsbilds oder gefällte Bäume sind Inhalt der Kritik. Im Waldviertel richtet sich der aktuelle Protest in erster Linie gegen die Höhe der neuen Windkraftanlagen. Der geplante Windpark Wild etwa, der sich über die Bezirke Horn,

Waidhofen und Zwettl erstreckt, ist aktuell in Genehmigung. Hier ist die Höhe der Anlagen ebenso ein Thema wie bei zwei weiteren Windparks, nämlich jenem in Japons (Bezirk Horn) und jenem in Sallingberg (Bezirk Zwettl). Hier sind die Anlagen bereits genehmigt. Da sich die Fördervergaben allerdings hinziehen, hat sich seit Beginn der Verfahren in puncto Technik der Windräder viel getan – die neue Windradgeneration ist leistungsstärker, aber auch höher. In Sallingberg etwa wurden ursprünglich sechs Windkraftanlagen mit einer Höhe von 202 Metern genehmigt, die 11.700 Haushalte mit Strom

versorgen sollen. Jetzt ist eine Umgenehmigung im Gange – die neue Anlagengeneration ist 244 Meter hoch und soll 16.000 Haushalte mit Strom versorgen. Bei gleicher Anzahl an Windrädern. Ähnlich ist die Situation in Japons, wo die EVN aktiv ist. Dort sollen nach einer Umgenehmigung drei statt sieben Windrädern stehen. Die höheren Typen werden Strom für 9.000 Haushalte liefern. Laut EVN würden neue Windkraftanlagen oder die, die ertüchtigt werden, strengen Prüfungen unterzogen.

Michael Moser von der IG Waldviertel beruhigt das nicht. Er befürchtet negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt, die Landschaft und den Tourismus. Zudem fordert die IG Waldviertel seit Jahren die Einstellung von Windkraftanlagenprojekten im Wald. Man sei aber nicht generell gegen Windkraft. Als Alternative schlägt Moser mehr Fotovoltaikanlagen vor.

„Alternativen fehlen“

Fritz Herzog, Obmann der IG Windkraft, hat für die Proteste der IG Waldviertel wenig Verständnis. „Jedes Jahr wird ohne Windkraftanlagen durch den Borkenkäfer und die Hitze viel Wald vernichtet. Wir müssen weg von einer zu lokalen Einschätzung der Lage“, so Herzog – schlicht auch, weil die Alternativen fehlen würden. Für die Ängste der Menschen in der Region habe er Verständnis. „Die Ängste werden ja auch geschürt.“ Dort, wo es bereits Windkraftanlagen gibt, sei die Zustimmung sehr groß. Ob ein Windrad 200 oder 244 Meter hoch ist, mache für den Betrachter mit freiem Auge keinen Unterschied. „Es fehlt einem die Referenz zu dieser Höhe.“

Angriffsfläche bieten große

Windräder in Zahlen

100 Anlagen werden pro Jahr in Österreich genehmigt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Fördervergabe werden heuer jedoch nur acht neue Anlagen auch tatsächlich errichtet

1.331

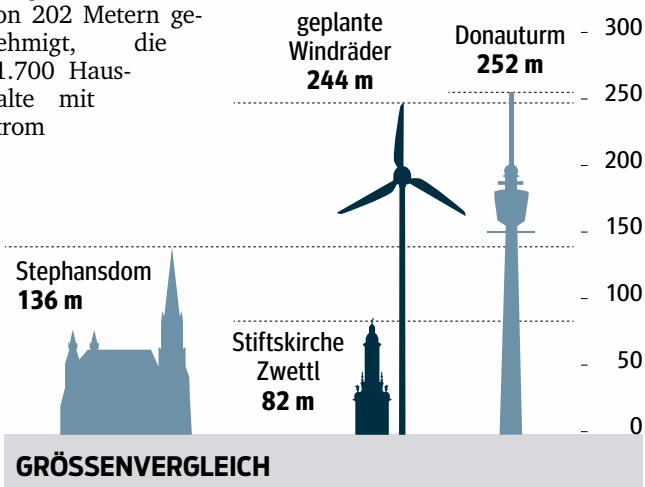
Windkraftanlagen gibt es aktuell in Österreich. Die meisten (744) stehen in Niederösterreich, gefolgt vom Burgenland (441) und der Steiermark (105). In Oberösterreich sind es 30, in Wien 9, in Kärnten 2

11 Prozent des gesamten Strombedarfs Österreichs stammen im Moment aus Windenergie

Windparks auch den Naturschützern: Gábor Wichmann von BirdLife Österreich sieht vor allem Greifvögel durch Windräder bedroht: „Im vergangenen Jahr mussten wir zehn Kollisionen von Seeadlern dokumentieren, die meisten im Gebiet von Parndorf und Bruck an der Leitha.“ Bei Rast- und Zugvögeln kann es laut Wichmann gegenteilige Effekte geben: „Sie weichen diesen aus und müssen dafür mehr Energie aufwenden.“

Weniger dramatisch sieht man das bei der IG Windkraft: „Laut Studien sterben nur sieben Vögel pro Anlage und Jahr“, erklärt dazu ein Sprecher. „Die meisten sind Kleinvögel wie zum Beispiel Meisen. Diese Vögel sind auch nicht vom Aussterben bedroht.“

Jährlich werden in Österreich rund 100 Windkraftanlagen (zusätzliche sowie Ersatz) genehmigt. Um die Klimaziele Österreichs zu erreichen, müssen in Zukunft aber rund 120 zusätzliche Windkraftanlagen pro Jahr errichtet werden. Um 25 Prozent des Strombedarfs decken zu können, müsste sich laut IG Windkraft die Anzahl der Windräder in Österreich in etwa verdoppeln.



10 Terawattstunden sollen aus Windkraft kommen

Energiewirtschaft rechnet mit 43 Milliarden Euro Investitionen, „entscheidend ist Akzeptanz der Region“, weiß Regierung

Ökostrom. „Für die Energiewende brauchen wir jede verfügbare Kilowattstunde an erneuerbarem Strom, Windkraft ist dabei ein wesentlicher Faktor“, sagt Magnus Brunner, Staatssekretär im Klimaministerium. „Entscheidend ist die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung, denn die Energiewende beginnt in den Regionen.“ Das im Regierungsprogramm festgelegte und mehr als ambitionierte Ziel; Österreich bis 2030 zu 100 Prozent mit erneuerbarem Strom zu versorgen. Das bedeutet in Zahlen: Einen Ausbau von 27 Terawatt-Stunden (TWh) – davon 10 TWh aus Windkraft,



Magnus Brunner, ÖVP-Staatssekretär im Klimaministerium

11 aus Fotovoltaik, fünf aus Wasserkraft und eine aus Biomasse. Neben der Produktion muss auch die Netzinfrastruktur verstärkt und das Energiesystem flexibler gestaltet werden. Erreicht werden soll das Ziel mit Förderungen (Klimaschutzmilliarde 2021/2022) und hohen Investitionen.

Michael Strugl, seit Anfang Juli Präsident der Interessensvertretung Österreichs, rechnet mit einem Investitionsvolumen von 43 Milliarden Euro, 25 davon für die Energiegewinnung und 18 Milliarden für Infrastruktur wie zum Beispiel Netze und Speicher.

Strugl ist zuversichtlich, dass die Branche diese Ausgaben stemmen kann, obwohl sie im Zuge der Corona-Krise Einschnitte erleidet. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich die Investitionen wirtschaftlich rechnen.

Das hängt unter anderem vom Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) ab, das diesen Sommer in Begutachtung geht. Erst wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen und die sektor-spezifischen Förderungen für Ökostrom bekannt sind, so Strugl, können die Produzenten konkrete Pläne machen. Weitere Anliegen der

Branche sind rasche Genehmigungsverfahren, Steuererleichterungen und der Verzicht auf weitere Umweltauflagen, insbesondere beim Ausbau der Wasserkraft.

Für die Volkswirtschaft rechnet sich die Unterstützung des Sektors laut der Branchenvertretung, weil damit gerechnet werden könne, dass der Ausbau der erneuerbaren Energie eine breite konjunkturelle Wirkung entfaltet. So würden pro Million Euro etwa 7,3 Vollzeitbeschäftigte entstehen.

Zwar wird in Österreich bereits zu 75 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen

gewonnen, das Land ist aber von Importen abhängig.

Eine besondere Herausforderung ist die Volatilität der nachhaltigen Energie. Insbesondere im Sommer ergeben sich Überproduktionen, die im Winter fehlen. Um die geschätzten 11 TWh Leistung saisonal zu speichern, werden Pumpspeicher trotz der dafür günstigen österreichischen Geografie nicht ausreichen. Die Hoffnung liegt deswegen auf zusätzlichen Power-to-Gas-Verfahren. Dabei werden aus überschüssigem Strom speicherbare brennbare Gase hergestellt.

M. MEYRATH, J. HAGER